

Herbstvollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Augsburg am 27./28. Oktober 2017

Bericht der Vorsitzenden

Unruhige Zeiten begleiten uns und stehen uns bevor: Terroranschläge, Selbstmordanschläge weltweit z.B. in Afghanistan, Manchester, IS-Angriffe auf Kopten in Ägypten.

Dadurch wurden diffuse politische Ängste auch bei uns geschürt. Hier wurden Schwächen herkömmlicher Parteien, vielleicht sogar Schwächen unserer Kultur deutlich.

Das Ergebnis zeigte sich dann jedenfalls klar bei der Bundestagswahl in Form von massiven Verlusten für die C-Parteien und auch für die SPD und Gewinnen für die kleinen Parteien, so dass wohl nur noch die Möglichkeit einer Schwarz-gelb-grünen Koalition bleibt.

Was bedeutet das für die künftige Politik in unserem Land? Welche Rolle wird das christliche Menschenbild noch spielen? Welche Bedeutung wird der christlichen Prägung unseres Landes zukommen, wenn sich immer weniger Abgeordnete als einer Kirche zugehörig zu erkennen geben? Welche Rolle spielt die kath. Soziallehre, die uns als Katholiken geradezu auffordert, Stellung zu beziehen? Wie wird sich das auf den Schutz des menschlichen Lebens am Anfang und am Ende auswirken?

Ein Beispiel dafür ist der jüngste Vorschlag des Innenministers bezüglich der Einführung eines muslimischen Feiertages, ein Vorschlag, der selbst von Muslimen kritisch gesehen wurde und auf breiteste Ablehnung gestoßen war.

Das Grundrecht der Religionsfreiheit gebietet, dass auch Muslime im Sinne der „Freiheit zu Religion“, d.h. der Freiheit der Religionsausübung ihren Glauben leben und ihre Feste feiern dürfen. Das ist bereits jetzt möglich: Schulen sind angehalten, muslimischen Kindern an bestimmten Festen freizugeben. Ebenso können muslimische Arbeitnehmer Urlaub nehmen.

Solchen fadenscheinigen Angeboten von politischer Seite können wir nur durch Bildung begegnen, die uns sprach- und argumentationsfähig macht – sei es durch religiöse bzw. auch politische Bildung, was im übrigen Thema der letzten beiden Vollversammlungen des Landeskomitees der Katholiken war.

„Nur wer die Religionen versteht, kann auch die Welt verstehen. Das Wissen um verschiedene Religionen ist eine wichtige Voraussetzung gegen Radikalisierungstendenzen und für Dialogfähigkeit“, sagte der evangelische Landesbischof Markus Dröge, als Anfang Oktober ein Kooperationsvertrag bezüglich des Religionsunterrichts zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche für Berlin und Brandenburg abgeschlossen wurde.

Ehe für alle

Eine Entscheidung des Bundestages und des Bundesrates ist für viele Katholiken bis heute unverständlich und schwer nachvollziehbar: die Entscheidung für die „Ehe für alle“. So lautet das Gesetz in §1353 BGB jetzt: „Die Ehe wird von 2 Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“

In der letzten Sitzung des Bundestages vor der Sommerpause wurde dieses Gesetz erfolgreich durchgepeitscht, unterstützt von der Bundeskanzlerin, die den Aspekt der „Gewissensfrage“ für die Abgeordneten der Unionsfraktion betonte.

Über die Rechte, die eingetragene Lebenspartnerschaften zur Folge haben, hinaus beinhaltet das Gesetz der „Ehe für alle“ auch das gemeinsame Adoptionsrecht.

In meiner Erklärung im Vorfeld zu dieser Gesetzesabstimmung habe ich betont, dass ich mit Blick auf das christliche Menschenbild jedem Menschen Respekt entgegenbringe und jede Form der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare ablehne.

Dennoch gehört das Verständnis von „Ehe“ als lebenslanger Bindung von Mann und Frau sowie als optimaler Grundlage für die Bildung einer Familie durch Zeugung und Erziehung von Kindern zu den Selbstverständlichkeiten des Menschseins und ist somit Grundlage von Art. 6 des GG.

Die Auflösung des staatlichen Ehebegriffs wurde einem politischen Ränkespiel ohne tiefgreifende innenpolitische Diskussion geopfert.

In ähnlicher Weise äußerten sich dazu Prof. Sternberg, der Präsident des ZdK, sowie Joachim Unterländer, der Vorsitzende des Landeskomitees der Katholiken, und später auch Kardinal Reinhard Marx, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Bis heute steht eine Überprüfung der „Ehe für alle“ durch das Bundesverfassungsgericht aus.

Gender – Herausforderung für Christen

Mit der Herausgabe des sehr sachlichen und fundierten Flyers „Gender – Herausforderung für Christen“ wurde eine emotionsgeladene Diskussion für den Diözesanrat zu einem guten Ende gebracht. Der Diözesanrat erntet für diesen Flyer viel Lob sowohl innerhalb unserer Diözese als auch von Seiten anderer Diözesen. Auch von meiner Seite ein großes Lob an die Verfasser, den Sachausschuss Ehe und Familie und an Herrn Widmann!

Verantwortung für die Schöpfung

Schwere Unwetter und Tornados in den Südstaaten der USA, Hurrikane in Texas, Tropenstürme über Florida und der Karibik, unbestrittene Hinweise für Veränderungen des Weltklimas – all diesen Katastrophen zum Trotz kündigt Trump den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen an!

Die Manipulation des Abgasausstoßes von Dieselmotoren, Gift in Hühnereiern - all das spricht dem entgegen, dass wir als Schöpfungspartner Gottes verantwortlich sind für unsere

Mitmenschen und für unsere Umwelt, wie es Papst Franziskus in seiner Enzyklika „Laudato si“ betont. Opfern wir alles ohne Gewissensregung der Profitgier von einigen wenigen?

Was tun wir als Kirche, um solchen Klimaveränderungen entgegenzutreten? Wie kann der Umweltbeauftragte der Diözese die Pfarrgemeinden unterstützen und beraten?

Der Diözesanrat hat sich bereits 2016 beim Tag der Pfarrgemeinderäte mit der Umweltenzyklika „Laudato si“ beschäftigt und die Pfarrgemeinderäte für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung sensibilisiert. Ich ermuntere Sie heute nochmals, nehmen Sie diese Anregung mit in ihre Dekanate, Pfarreien und Verbände und greifen Sie auch das Beispiel einer Baumpflanzaktion nochmals auf.

Reformationsgedenken

Herr Landesbischof Grabow, schön, dass Sie gerade im Jahr des 500. Reformationsgedenkens, heute bei uns zu Gast sind. Schade, dass die gemeinsame Veranstaltung „Christus in uns – Wege zu einer spirituellen Erneuerung“ im April aufgrund zu weniger Anmeldungen nicht zustande gekommen ist. Und trotzdem beschäftigt uns auch heute die Frage „wohin geht es mit unserer Kirche?“ Das trieb Martin Luther an, der sicherlich keine Spaltung der Kirche im Sinn hatte, sondern lediglich die Missstände der damaligen Zeit erkannt hatte und zu beheben suchte. Diese Frage treibt aber auch heute sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche an, wenn wir an die Glaubensweitergabe, an die aktiven Gläubigen, wenn wir vielleicht an eine „Kirche ohne Volk“ denken! Lassen Sie uns mit unseren beiden Kirchen geschwisterlich in eine gute ökumenische Zukunft gehen!

Christenverfolgung auf Höchststand

Christen gelten als eine der am stärksten verfolgten religiösen Gruppen weltweit: „Open doors“ beziffert die Zahl der verfolgten Christen mit bis zu 200 Millionen. Gemäß einer Untersuchung des Hilfswerks „Kirche in Not“ in Großbritannien haben Christenverfolgungen in den vergangenen zwei Jahren einen neuen Höchststand erreicht. Brennpunkte der Christenverfolgung sind vor allem islamisch geprägte Länder und autoritär regierte Staaten wie Ägypten, Irak, Syrien, Nordkorea, China, aber auch Indien. Die Verfolgung muss nicht vom Staat ausgehen: Islamistische Milizen wie der „Islamische Staat“ im Nahen Osten oder „Boko Haram“ in Nigeria richten sich zwar nicht ausschließlich gegen Christen. Diese gehören jedoch zur am stärksten verfolgten Gruppe.

Die Religionsfreiheit ist das Menschenrecht, das derzeit am meisten in Gefahr ist.

Wie reagieren die Politik, die Gesellschaft, die Kirchen und auch wir ganz persönlich darauf?

Sind nicht die Golfstaaten, die radikalsten islamischen Kräfte, zugleich wichtige Wirtschaftspartner des Westens? So nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel Saudi-Arabien den „wichtigsten Partner deutscher Politik in Nahost“.

Ich erinnere an die Kundgebung für verfolgte Christen am 17. September auf dem Rathausplatz in Augsburg – eine überschaubare Anzahl von Männern und Frauen interessierte sich dafür - und an den sich daran anschließenden Kreuzweg im Dom.

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Augsburg beleuchtete das Problem hochaktuell unter der Überschrift „Christen – Verfolgte und ihre Verfolger“ auf einer Fachtagung als Vorbereitung zu dieser Vollversammlung.

Oliver Maksan, Chefredakteur der Tagespost und langjähriger Korrespondent in Jerusalem, beleuchtete die Themen „Religionsfreiheit“ und „Verfolgung“.

Dr. Marwan Abou Taam, Islamwissenschaftler und Terrorismusexperte, selbst gläubiger Moslem, erläuterte die radikalen Seiten des Islam und deren Konsequenzen. Er betonte, dass die Vertreibung der Christen gleichsam zu einer Implosion der arabischen Welt führen werde, da die Christen die letzte Chance für eine Modernisierung des Nahen Osten seien.

Ein Zeichen dafür, dass die Kirche bzw. unsere Gesellschaft die Problematik der Christenverfolgungen erkennt und darauf reagiert, ist die Tatsache, dass an der Freien Theologischen Hochschule Gießen eine Stiftungsprofessur für „Religionsfreiheit und die Erforschung der Christenverfolgung“ eingerichtet und „Christenverfolgung“ als Studienfach angeboten wird.

Weitere Einzelheiten werden wir morgen im Studienteil der Vollversammlung mit dem Titel „Christentum weltweit – zwischen Duldung und Verfolgung“ erfahren.

Rolle der Pfarrgemeinderäte – Pfarrgemeinderatswahl

Am 25. Februar 2018 finden in unserer Diözese Wahlen zum Pfarrgemeinderat statt. Wir leben in einer Kirche, die rasanten Veränderungen unterworfen ist. In mehreren Diözesen sind Strukturreformen in vollem Gange und deshalb stellt sich die Frage: Brauchen wir überhaupt einen Pfarrgemeinderat vor Ort in unseren Pfarrgemeinden?

Als Laien kommt uns, ohne den Heildienst zu vernachlässigen, speziell der Weltauftrag zu. Das bedeutet: als Laien leben wir in Familien, am Arbeitsplatz, in den Gemeinden vor Ort, wir nehmen Entwicklungen in der Gesellschaft, im Sozialbereich, in der Wirtschaft und in der Politik wahr. Als gläubige Christen und besonders als Pfarrgemeinderäte tragen wir den Geist des Evangeliums in die Welt von heute, indem wir versuchen das Evangelium Jesu Christi mit unserem heutigen Leben kreativ zu verbinden.

Pfarrgemeinderäte sind Ansprechpartner in ihren Gemeinden, besonders wenn kein Seelsorger vor Ort ist und die Öffnungszeiten des Pfarrbüros kurz sind. Sie tragen zum Zusammenhalt der Gemeinde bei und wirken nach außen auf die Menschen in ihrer Gemeinde. Papst Franziskus hat katholische Pfarreien dazu ermutigt, in engem Kontakt mit dem Zuhause der Leute zu stehen, mit dem Alltag der Gesellschaft, nicht nur Büros zu sein.

Eine wichtige Aufgabe der Pfarrgemeinderäte besteht darin, die verschiedenen Charismen vor Ort zu entdecken und zu fördern. Wenn Sie das überzeugend tun, werden auch viele Männer und Frauen bereit sein, Verantwortung in ihrer Pfarrei zu übernehmen und sich als Kandidaten bei der Pfarrgemeinderatswahl aufstellen zu lassen. So gelingt es uns vielleicht auch immer mehr bei immer stärker abnehmenden Priesterzahlen weg von der Zentriertheit auf den Pfarrer hin zu mehr Eigenverantwortung der Gemeindemitglieder zu kommen.

Wahlen dienen der Legitimation der Pfarrgemeinderäte vor Ort, wie es in der von unserem Bischof im Juni 2013 in Kraft gesetzten Satzung heißt, und ermächtigen sie im Sinne der Pfarrei aktiv zu werden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass in jeder Pfarrei ein Pfarrgemeinderat gewählt wird und zwar mit einer guten Wahlbeteiligung.

Nur dann können Pfarrgemeinderäte sich um die verschiedenen Themenbereiche in ihrer Pfarrei kümmern, mit ihrer Überzeugungskraft eintreten für ihren Glauben, für Mitmenschlichkeit, Zuwendung und Gerechtigkeit und somit der Kirche vor Ort ein menschliches Gesicht geben.

So appelliere ich an Sie alle, die Sie als Laien hier im Diözesanrat sind, stellen Sie sich als Kandidaten zur Wahl, werben Sie in Ihren Pfarrgemeinden überzeugend um Kandidaten und gehen Sie auch selber zur Wahl am **25. Februar 2018!**

Hildegard Schütz
Vorsitzende